

(17.10.2018 – 30.10.2018)

Grüner Pressespiegel

Karin Müller, MdL

25.10.2018 – GRÜNE: Ergebnis der Landesprüfung: personelle Mindestanforderungen an Kita-Stellen wurden in Kassel zu jederzeit übertroffen

"Die Prüfung der Personalausstattung in den Kasseler Kitas hat bestätigt, dass die gesetzlichen Mindestanforderungen nicht nur eingehalten, sondern jeweils übertroffen wurden", freut sich Karin Müller, Landtagsabgeordnete und Landtagskandidatin für den Kasseler Osten. "Die Bildung und Erziehung der Kinder sind für uns Grüne eben mehr als nur ein gesetzlicher Auftrag."

Nach Bekanntwerden eines Berechnungsfehlers über den benötigten Personalbedarf kam die Frage auf, ob Kassel damit gegen die gesetzlichen Vorgaben verstoße. Aus dem Sozialministerium wurde nun bekannt, dass aufgrund der stadteigenen Standards der Fehler keine Unterversorgung zur Folge hatte. "Fehler sind immer ärgerlich und müssen selbstverständlich ausgebessert werden. Da aber bereits für das laufende Jahr und auch für den kommenden Haushalt 2019 die Mittel für Erzieher*innen aufgestockt wurden, ist auch der Kasseler Standard alsbald wieder erfüllt."

Karin Müller, MdL

22.10.2018 – Deutscher Schienenverkehrs-Preis 2018: Wir nehmen den Auftrag für eine umweltfreundliche Verkehrswende an

Die GRÜNEN im Landtag begrüßen die Ankündigung des Deutschen Bahnkunden-Verband (DBV), dem Land Hessen den Deutschen Schienenverkehrs-Preis 2018 in der Sparte Politik am 9. November in Berlin zu verleihen. Grund dafür seien spürbare, positive Veränderungen im öffentlichen Verkehr Hessens durch innovative, landesweite Tarifangebote sowie zielführende Aktivitäten zur Reaktivierung von Bahnstrecken, schreibt der DBV. „Wir GRÜNE freuen uns sehr über diese Würdigung. Gemeinsam mit Verkehrsminister Tarek Al-Wazir haben wir 2014 die Richtung der Politik in Hessen geändert. Wir haben begonnen, uns den Herausforderungen der Zukunft zu einer umweltfreundlichen Verkehrswende zu stellen. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen“, sagt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Der Schienenverkehrs-Preis des DBV ist natürlich auch ein Auftrag. Wir haben dafür gute Konzepte, wie beispielsweise eine Entlastung des Rhein-Main-Verkehrs mit einen Schienenring um Frankfurt, die

Reaktivierung weiterer Bahnstrecken sowie ein Seniorenticket nach Vorbild des Schülertickets.“

Als die große Aufgabe der nächsten Jahre sieht Müller die Verbesserung der Verkehrssituation im Rhein-Main-Gebiet. „Laut einer neuen Studie der IHK Frankfurt am Main vom September 2018 arbeiten mehr als 350.000 Menschen in Frankfurt, die außerhalb der Stadt leben und pendeln. Gleichzeitig sind fast 100.000 Frankfurterinnen und Frankfurter außerhalb der Stadt beschäftigt. In keiner anderen Großstadt ist der Anteil der Pendler an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort so hoch wie hier“, erklärt Müller. „Diese Aufgabe ist nur mit einer Kombination aller Verkehrsmittel zu verbessern. Die Straßen entlasten wir unter anderem durch den viergleisigen Ausbau der S 6 nach Bad Vilbel/Friedberg, den Bau der nordmainischen S-Bahn und der Regionaltangente West (RTW). Perspektivisch wollen wir den Bau eines S-Bahn-Rings rund um Frankfurt vorantreiben und den zweigleisigen Lückenschluss der S-Bahn nach Darmstadt vorbereiten.“

„Auch die Aufgabe des nachhaltigen Verkehrs im ländlichen Raum gehen wir ernsthaft an. Tarek Al-Wazir hat sich von Anfang an für die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken eingesetzt. Die Reaktivierung von vier Bahnstrecken wird jetzt ganz konkret verfolgt“, sagt Müller. „Der Schienenverkehr ist eine klimafreundliche Alternative zu Straßen und Autos. An vielen Stellen lohnt es sich, stillgelegte Strecken wieder in Betrieb zu nehmen. Jeder Reisende, der vom Auto auf eine regionale Bahnanbindung umsteigt, ist ein Gewinn für moderne, umweltfreundliche Mobilität, für weniger Stau und weniger Abgasbelastung.“

Karin Müller, MdL

19.10.2018 – LKW-Abbiegeassistent: Umfrage zur Sicherheit im Straßenverkehr zeigt Licht und Schatten auf

Die GRÜNEN im Landtag bedanken sich bei den hessischen Unternehmen, die in der Umfrage zum Einsatz von Abbiegeassistenten bei LKW ihre Bereitschaft erklärt haben, in diese lebensrettende Technik zu investieren. „Unsere Umfrage zeigt aber auch, dass viele Unternehmen weiterhin zurückhaltend sind und deshalb eine gesetzliche Regelung nötig ist, wie der hessische Verkehrsminister Tarek Al-Wazir sie fordert“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

„Bei 80 Prozent der Unfälle zwischen LKW und Radfahrerinnen oder Radfahrern sind die LKW-Fahrer schuld. Laut Unfallforschung der Versicherer (UDV) ist jeder dritte im Straßenverkehr getötete Radfahrer Opfer eines Abbiegeunfalls“, erläutert Müller. „Allein in Hessen wurden 2017 durch Unfälle beim Abbiegen 48 Menschen schwer verletzt oder sogar getötet. Es besteht also erheblicher Handlungsbedarf. Der Bundesrat hat auf Initiative aus Hessen und Berlin die Bundesregierung aufgefordert, die Assistenz-Systeme zur Pflicht zu machen. Die Bundesregierung soll sich bei der Europäischen Union und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) für diese Pflicht einsetzen und Investitionen in die Forschung an Systemen für Abbiege- und Bremsassistenten fördern.“

„Unsere Umfrage war ein doppelter Erfolg: Sie hat gezeigt, dass es positive Ausnahmen gibt und hessische Unternehmen auch auf freiwilliger Basis bereit sind, mehr für die Verkehrssicherheit zu tun als derzeit gesetzlich gefordert wird“, sagt Müller. „Andererseits bestätigt das Ergebnis, wie wichtig der Einsatz von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir und die Bundesratsinitiative sind. Jetzt muss die Bundesregierung handeln.“ Die GRÜNEN hatten bei hessischen Unternehmen mit großen LKW-Flotten nachgefragt, ob sie solche Assistenzsysteme auf freiwilliger Basis bereits einsetzen und ob sie planen, Fahrzeuge mit Abbiegeassistent anzuschaffen oder Altfahrzeuge nachzurüsten. Von mehr als 50 angeschriebenen Unternehmen hätten 13 geantwortet, so Müller. Zwei Unternehmen setzten bereits Abbiegeassistenten bei ihren LKW ein. Die Firma Knettenbrech+Gurdulic aus Wiesbaden-Biebrich schreibt: „Zehn LKWs verfügen bereits über einen so genannten Abbiegeassistenten, die übrigen der rund 400 firmeneigenen Lastwagen sollen in den kommenden Monaten sukzessive nachgerüstet werden.“ Die Unternehmen Aldi Süd, Obel (Limburg) und Bork (Langgöns) erklärten, bei neuen LKW über 7,5 Tonnen nur noch Fahrzeuge mit Abbiegeassistenten anschaffen zu wollen. Das Bad Vilbeler Getränkeunternehmen Hassia hatte bereits im Juli verkündet, nur noch solche Fahrzeuge einsetzen zu wollen.

Karin Müller, MdL

17.10.2018 – Verkehrswende: Bau des Radschnellwegs Frankfurt - Darmstadt beginnt

Die GRÜNEN im Landtag sehen den heutigen Baubeginn für den ersten Bauabschnitt des Radschnellweg Frankfurt – Darmstadt als praktischen Beweis für die gelingende Verkehrswende in Hessen. „Kombiniert mit den Möglichkeiten von Elektrofahrrädern sind Radschnellwege gerade für Pendlerinnen und Pendler eine neue, umweltfreundliche und kostengünstige Alternative

zum Auto. In weniger als einem Jahr wurde der erste Bauabschnitt eines hessischen Radschnellwegs geplant und Baurecht geschaffen. Das ist ein tolles Beispiel für die gelingende Verkehrswende in Hessen und die Arbeit von Verkehrsminister Tarek Al-Wazir“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Schon im nächsten Frühjahr werden die ersten Pendler über den ersten Radschnellweg Hessens rollen. Vom Bahnhof Egelsbach bis Darmstadt-Wixhausen werden die Bürgerinnen und Bürger die Vorteile der Verkehrswende praktisch erfahren können.“

„Die Nutzung des Fahrrads als tägliches Verkehrsmittel wird immer selbstverständlicher. Radfahrerinnen und Radfahrer schützen das Klima, fördern ihre Gesundheit und entlasten den eigenen Geldbeutel. Darum wollen wir auch in Zukunft in den Radverkehr investieren“, sagt Müller. „Schon die Planung dieses ersten Bauabschnitts hat das Land Hessen mit 310.000 Euro gefördert. Für den Ausbau der Radwege und weitere Radinfrastruktur stellt der Doppelhaushalt 2018/2019 den Kommunen insgesamt 27 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere fünf Millionen Euro sind für den Bau von Radwegen an Landesstraßen vorgesehen.“

„Nach der Wahl werden wir die Planung von Radschnellwegen weiter beschleunigen. Dazu wollen wir das Hessische Straßengesetz weiterentwickeln. Denn Direktverbindungen wie die zwischen Frankfurt und Darmstadt sind nur der Anfang einer Vielzahl von Radschnellverbindungen in den Ballungsräumen“, betont Müller. „Wir wollen die Radschnellwege in ein hochwertiges Radnetz in Hessen einbinden. Das macht das Radfahren noch attraktiver und davon profitieren alle Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer. Denn damit reduzieren wir das Verkehrsaufkommen auf der Straße und die Treibhausgasemissionen in der Luft.“